

Ethik im Management und nachhaltige Entwicklung

Ist der Erfolg von Unternehmensethik messbar?

Weshalb sprechen wir über die soziale Verantwortung von Unternehmen? Das Thema beschäftigt uns schon seit Jahrzehnten, und nicht alle Aspekte daran sind neu, einige jedoch weiterhin von grosser Bedeutung. Nach dem Platzen der grössten finanziellen Seifenblase der neueren Zeit erholen wir uns noch immer von den Nachwehen, während Korruption und Wirtschaftskriminalität in den USA und in anderen Ländern zum Normalfall geworden sind. Wir wissen etwa, dass viele Grossunternehmen illegal handeln, indem sie Milliardengewinne aus den Bilanzen verschwinden lassen. Daher ist Ethik im Management gefragter denn je. Sie wird vor allem von den Globalisierungsgegnern eingefordert, die in ihrem Kern eine unternehmerfeindliche Bewegung sind. Ob diese Bewegung insgesamt oder – was ich eher vermute – nur zu grossen Teilen fehlgeleitet ist, sie richtet sich auf jeden Fall gegen die Wirtschaft.

Jeffrey Sachs, Prof. (*1954), promovierte und habilitierte an der Harvard University und ist Direktor des "Earth Institute", lehrt Nachhaltige Entwicklung, Gesundheitspolitik und Management an der Columbia University, New York und ist Sonderberater des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan. Bis 2002 leitete Sachs das Zentrum für Internationale Entwicklung in Harvard. Er hat mehrere Bücher über Themen der Globalisierung, der Makro-Ökonomik in Entwicklungsländern und der neuen Marktwirtschaften geschrieben. Als Vorsitzender der Kommission für Makro-Ökonomik und Gesundheit bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) befasst sich Jeffrey Sachs mit den Auswirkungen von Seuchen und Krankheiten auf die Volkswirtschaften. Bei der WHO leitet er ein Forschungsprojekt zu den globalen Auswirkungen von Aids. Der amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs ist einer der schärfsten Kritiker der Politik von Präsident George W. Bush.

Die Unternehmensführung und das Interesse der Aktionäre

«Unternehmensethik» benennt die Regeln, welche von der Geschäftswelt befolgt werden sollten und so zum Wohlergehen und zum Wohlstand der ganzen Gesellschaft beitragen würden. Dabei geht es nicht um die kurzfristigen Interessen einzelner Unternehmen oder einzelner Manager, sondern um eine langfristige Perspektive für unsere Gesellschaft. Eine grundlegende Markttheorie besagt, man solle sich nicht zu sehr mit diesen Themen beschäftigen, denn das Ziel von Unternehmen sei es, möglichst hohe Profite zu erzielen. Sollen sich doch die anderen um ethische Fragen kümmern, «Geschäft bleibt Geschäft». Schliesslich werde es die «unsichtbare Hand» schon richten, wie bereits Adam Smith vor 227 Jahren in seinem Werk «Der Wohlstand der Nationen» sagte. Die Theorie basiert also auf zwei Grundannahmen: Erstens ist für jede Unternehmensführung die Maximierung des Shareholder Values oberstes Gebot. Zweitens führt – etwa aus der Sicht von Milton Friedman – ein maximaler Shareholder Value zu grösserem gesellschaftlichen Wohlstand. Kurz, die Manager erhöhen den Marktwert der Unternehmen, und davon profitiert letztlich die ganze Gesellschaft, also lassen wir die Manager doch einfach Manager sein.

Ich gebe zu, in den beiden Aussagen steckt viel Wahres, aber leider ist dies nicht die ganze Wahrheit. Beide Behauptungen beruhen auf Trugschlüssen, und gerade diese Trugschlüsse geben uns wichtige Hinweise zum Thema meiner Ausführungen. Ein erster Trugschluss besteht in der Annahme, es gehe den Managern nur um die Optimierung des Shareholder Values. Das sehen wir schon daran, dass die Manager bisweilen die Aktionäre regelrecht bestehlen und schon daher nicht unbedingt im Interesse der Aktionäre handeln. Betrügereien sind an der Tagesordnung, das wurde in letzter Zeit unübersehbar. Einige der grössten Unternehmen in den USA (als berühmtestes Beispiel Enron) wurden von einer Welle von Wirtschaftskriminalität erfasst, nachdem die Manager auf immer frechere Art die Bilanzen fälschten und so die Aktionäre prellten. Die Unternehmensführung aus Sicht der Manager lässt sich im Allgemeinen nur bedingt mit den Interessen der Aktionäre vereinbaren. So ist es zum Beispiel nicht zwingend, dass ein maximaler Shareholder Value auch eine maximale Wertschöpfung seitens der Minderheitsaktionäre bedeutet. Das führt uns zu einer weiteren Möglichkeit des Missbrauchs: Manager berauben die Minderheitsaktionäre zugunsten der Mehrheitsaktionäre. Da es innerhalb eines Unternehmens verschiedene Teilinteressen gibt, kann nicht automatisch vorausgesetzt werden, dass die Rechte der Minderheitsaktionäre geschützt werden. Wir wissen, dass die Wahrung der Ansprüche der Aktionäre nicht immer vereinbar ist mit der

Jagd nach dem grösstmöglichen kurzfristigen Gewinn, der «Schnäppchenjagd». Was wirklich zählt, ist der gute Ruf eines Unternehmens, also der langfristig gesicherte Goodwill der umliegenden Gesellschaft, und ein guter Markenname. Es gibt also einen direkten Zusammenhang zwischen individueller Ethik und höherem Shareholder Value. Aber leider sind Manager häufig versucht, die langfristigen Perspektiven gegenüber den kurzfristigen zu vernachlässigen. So entsteht die Diskrepanz zwischen dem, was die Manager tun, und dem, was dabei für die Aktionäre herausspringt. Die Ergebnisse einer solchen Entwicklung spiegeln sich in skandalträchtigen Zeitungsschlagzeilen.

Die Diskrepanz zwischen Shareholder Value und dem gesellschaftlichen Wohlstand

Eine zweite Unterscheidung scheint mir noch wichtiger als erstere: die Diskrepanz zwischen dem Shareholder Value und dem gesellschaftlichem Wohlstand (Social Value). Niemand, der auch nur die geringste Ahnung von der heutigen Wirtschaft hat, glaubt noch ernsthaft daran, dass Unternehmensgewinne Indikatoren für sozialen Wohlstand sind. Darauf beruht jedoch die ganze Theorie der kapitalistischen freien Marktwirtschaft: Über die Preise werden Anreize geschaffen, und Preise und Gewinne bestimmen gemeinsam den Kapitalfluss. In der Realität driften individuelle Anreize und gesellschaftlicher Nutzen meist weit auseinander. Eines der bekanntesten Beispiele hierzu ist die Umweltverschmutzung, etwa wenn die Emission von Kohlendioxid in die Atmosphäre zu Klimaveränderungen führt. Diese externen Folgen (Externalities) sind Zeichen einer Diskrepanz zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen und sind im Marktwert eines Unternehmens nicht erfasst. Es gibt viele andere soziale Güter, welche keinen eigentlichen Marktwert haben, darunter als wichtigstes Gut die Produktion von Wissen, unter besonderer Berücksichtigung der wissenschaftlichen Ausbildung. Hätten wir die Wissenschaft nur den Marktmechanismen überlassen, hätten wir es darin nicht so weit gebracht. Glücklicherweise haben unsere Regierungen dies schon vor Jahrhunderten begriffen und die Steuerung von Wissenschaft und Forschung übernommen. Allein mit Mitteln aus der Privatwirtschaft wäre dies nicht zu schaffen gewesen. Somit scheint es mir von grundlegender Bedeutung, diese zweite Diskrepanz zu verringern.

Welche Rolle spielt hierbei die unternehmerische Ethik? Wenn wir die Kluft zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen verkleinern, können wir etwas wirklich Gutes für die gesamte Gesellschaft tun. Dabei nur auf Mechanismen der Selbstregulation zu vertrauen, käme einer Selbsttäuschung gleich. Wir brauchen strenge Gesetze: Geschäftsleute, die der Wirtschaftskriminalität überführt werden, wandern ins

Gefängnis. Die Kluft zwischen der unternehmerischen Verantwortung und dem Shareholder Value muss möglichst wirksam geschlossen werden.

Übergeordnete Regulierungen sind unumgänglich

Es ist Aufgabe der Politik – und nicht diejenige privater Initiativen – diese Diskrepanz zwischen privatwirtschaftlichem und gesellschaftlichem Nutzen zu beseitigen. Die Ideologie der freien Marktwirtschaft wird scheitern, ausser wir sehen ein, dass beispielsweise der CO₂-Ausstoss besteuert werden muss, damit das Klima spürbar stabilisiert werden kann. Die Privatwirtschaft hat bis anhin keinen Anreiz, ihre Emissionen freiwillig zurückzuschrauben. Wir brauchen also Regulierungen, unter anderem durch die Einführung von Lenkungssteuern und durch die Beschränkung des Schadstoffausstosses. Wenn wir dies durchsetzen könnten, hätten wir sicherlich eine weit besser funktionierende Gesellschaft – ohne kriminelle Manager und ohne Widerspruch zwischen privatwirtschaftlichem und gesellschaftlichem Nutzen.

Weshalb führen wir also keine gut geplanten Regulierungen ein? Zum Teil liegt dies daran, dass wir laufend neue Risiken finden, die ebenfalls einer Regulierung bedürfen. Niemand ahnte vor 20 Jahren die tatsächlichen Gefahren des CO₂-Ausstosses. Mit diesen relativ neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, versucht die Politik nun Schritt zu halten. Im Finanzbereich sind die verschiedenen Transaktionen je länger desto schwieriger zu überwachen. Derivat-Geschäfte und Transaktionen, die nicht bilanzwirksam werden, besitzen gerade durch ihre zunehmende Komplexität ein Mittel zur Umgehung der Kontrollen. Ich sehe aber noch ein weiteres Risiko: Die Unternehmensmacht kann missbräuchlich als politische Macht eingesetzt werden, welche dann dazu benützt wird, um noch mehr Unternehmensmacht zu erlangen. Die kapitalistische Volkswirtschaftslehre geht davon aus, dass die privatwirtschaftliche Maximierung des Shareholder Values Gegenstand öffentlich-rechtlicher Regulierung ist. Was passiert aber, wenn der private Sektor nun plötzlich über die öffentliche Hand bestimmt? Dies kann – wie in den USA bereits ersichtlich – zu Missbräuchen führen. Die Macht der Grossunternehmen zeigt sich in grossangelegten Spendenkampagnen zur Unterstützung von Regierungen, welche durch ihre Gesetzgebung die privaten Unternehmensgewinne mehr befördern als das gesamtgesellschaftliche Wohlergehen. Dadurch steigt die Macht der Grossunternehmen weiter an, und das scheint mir eine gefährliche Entwicklung zu sein. Noch nie gab es nämlich in diesem Land grössere soziale Ungleichheiten, und noch nie hat das politische System so einseitig die Reichen begünstigt. Trotz riesiger Budgetdefizite hat die jetzige Regierungs-Administra-

tion Vorlagen verabschiedet, die noch mehr Steuererleichterungen für die Superreichen bringen sollen. Die eigentlichen Verlierer dieser Massnahmen wären die Sozialprogramme der Vereinigten Staaten, die Sozialversicherungen und das Gesundheitswesen. Breite Bevölkerungsschichten verstehen nicht, dass die gegenwärtige Regierungspolitik diese Sozialprogramme aushungern wird. Heute sagt man in den Vereinigten Staaten zu den Armen: «Ja, ein Reicher wird hunderttausende an Steuererleichterungen erhalten, aber du wirst immerhin Deine fünfzig Dollar erhalten.» Die Armen nehmen gerne die fünfzig Dollar und vergessen dabei, dass die hunderttausend in fünf Jahren bei der Finanzierung ihrer Krankenkasse fehlen werden. Durch ihre ungebremste Macht haben Grossunternehmen heute zu viel Einfluss auf die Politik und sie kontrollieren auch die in Konzentrationsprozessen befindliche Medienlandschaft. Hier liegt meines Erachtens das grösste Risiko einer Vernachlässigung der unternehmerischen Verantwortung: politische Kampagnen werden von der Wirtschaft finanziert, die Medien werden monopolisiert, und mit der Zunahme der Interessenvertretungen steigen auch die Interessenskonflikte, die Vetternwirtschaft und die Zahl der Bestechungsfälle. Halliburton, das Unternehmen von Vizepräsident Cheney, hat in den letzten zwei Jahren Aufträge im Umfang von 500 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Afghanistan und im Irak erhalten. Das wirft ein schiefes Licht auf die amerikanische Politik.

Eine weitere Verzerrung zeigt sich darin, dass in den Unternehmen zuwenig Transparenz herrscht und Tatsachen verdreht werden (zum Beispiel hat die Tabakindustrie während Jahrzehnten behauptet, dass ihre Produkte kein Gesundheitsrisiko darstellen). Nebst dem Verzicht auf kriminelle Machenschaften innerhalb der Unternehmen und der Verminderung der Diskrepanz zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen ist die strikte Trennung von Wirtschaft und Politik die dritte nötige Voraussetzung für unternehmerisches Verantwortungsbewusstsein. Die Beeinflussung politischer Entscheidungsträger und die grassierende Vetternwirtschaft machen den öffentlichen Sektor zum Erfüllungsgehilfen privatwirtschaftlicher Interessen, was letztlich den Graben zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen noch breiter macht, als er sonst schon ist. Eine Beschränkung der Wirtschaftsmacht ist unerlässlich, und wenn es keine Selbstbeschränkung gibt, muss die Politik Schranken setzen – gerade auch bei den Mitteln zur Unterstützung politischer Kampagnen.

Aktionäre dürfen nicht übervorteilt werden, die Geschäftsberichte sollen transparent sein, gesellschaftliche Werte müssen beachtet und die Trennung von Wirtschaft und

Politik respektiert werden. Daneben gibt es einige weitere Elemente, die in der unternehmerischen Verantwortung liegen:

Erstens kann die Regierung alleine keine Gesetze durchsetzen. Deswegen benötigen wir Industrieverbände, welche ergänzende Mechanismen der Selbstkontrolle einführen. Dadurch verpflichten sie sich, zuwiderhandelnde Unternehmen öffentlich anzuprangern und gerichtlich gegen sie vorzugehen.

Zweitens braucht es spezifische Regeln für multinationale Firmen, die in Entwicklungsländern tätig sind. Normalerweise stellen ausländische Direktinvestitionen für Entwicklungsländer die Hoffnung dar, einen ersten Schritt aus der Armut heraus zu machen. Also liegen die Globalisierungsgegner völlig falsch, wenn sie verlangen, dass diese ausländischen Direktinvestitionen gestoppt werden sollen. Wie dem auch sei, in Entwicklungsländern tätige Unternehmen haben es meist mit schwachen Regierungen, korrupten Beamten und Schmiergeldforderungen zu tun. Möglicherweise kümmern sich diese Regierungen gar nicht um die Korruption, mit Sicherheit fehlen ihnen aber die Mittel zu deren Beseitigung. Das Fehlen von Gesetzen darf aber die Unternehmen nicht zu unethischem Handeln verleiten, wie bei der Entsorgung von Giftmüll geschehen. Bei Geschäften mit armen Ländern mit schwacher staatlicher Führung steigt die Bedeutung wirtschaftsethischer Selbstbeschränkung.

Drittens kann die Theorie Milton Freedmans nicht auf Wirtschaftsbereiche angewandt werden, die auf der Basis von Monopolen funktionieren. Gerade hier scheint mir eine adäquate Geschäftsführung Pflicht zu sein. Nehmen wir beispielsweise den Fall, dass Unternehmen unter Patentschutz produzieren und dabei von der Regierung das Recht auf ein 20-jähriges Monopol zugesichert erhalten. Das Patentrecht funktioniert recht gut bei der Schaffung von Anreizen für Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig werden den Ärmsten dieser Welt wichtige und lebensrettende Medikamente vorenthalten, weil sie sich die hohen Preise patentgeschützter Medikamente nicht leisten können. Die Pharmaindustrie in den USA und in Europa hat also ihre soziale Verantwortung nicht wahrgenommen, weil sie keine Anreize für die Verbreitung dringend benötigter Medikamente in den Entwicklungsländern geschaffen hat. Es ist in der Tat ein Defizit im unternehmerischen Verantwortungsbewusstsein, sich nur um die kurzfristigen, einer Monopolstellung zu verdankenden Profite zu kümmern – ohne einen Gedanken an die damit zusammenhängenden Todesfälle zu verschwenden. Unbeachtet sterben Men-

schen, nur weil die Industrie in dieser Frage keine effizienten und zeitgemässen Problemlösungen anbietet. Einige Firmen haben Schritte in die richtige Richtung unternommen, aber die Industrie als Ganzes hat hier versagt.

Viertens möchte ich die privaten Formen der Wohltätigkeit erwähnen. Eine grossartige Seite der amerikanischen Grossunternehmen im vergangenen Jahrhundert zeigt sich darin, dass einige der reichsten Unternehmer gleichzeitig grosse private Wohltäter waren und so einen Beitrag zu einer besseren Welt leisteten. Die Rockefeller-Stiftung, welche 1913 von John D. Rockefeller gegründet wurde, war eine treibende Kraft in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Es war die Rockefeller-Stiftung, die den Impfstoff gegen Gelbfieber entwickelte, Brasilien von der Malaria befreite und die «grüne Revolution» in Asien einführte, um nur einige Errungenschaften zu nennen. Kürzlich haben Bill und Melinda Gates 25 Milliarden Dollar ihres eigenen Vermögens der Bill und Melinda Gates-Stiftung vermacht. Diese Stiftung entwickelt sich zu einer führenden Kraft im globalen Gesundheitswesen und gibt dafür häufig mehr Geld aus als die US-Regierung oder die gesamten G8-Staaten. Was für die G8-Länder ein Armutszeugnis darstellt, gereicht Bill und Melinda Gates zu grosser Ehre. Als Teil der sozialen Verantwortung von Unternehmen leitet sich also eine Verantwortung von Privatpersonen ab, wonach Multimilliardäre einen bestimmten Teil ihres Vermögens für soziale Zwecke ausgeben sollen.

Ein fünfter Punkt betrifft den Verantwortungsbereich unter den bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen. Milton Freedmans Theorie funktioniert auch hier nicht. Nehmen wir als Beispiel ein Unternehmen, das feststellt, dass im kleinen See neben ihren Produktionsanlagen alle Lebewesen aufgrund einer neuen Chemikalie sterben. Eine Chemikalie, welche den Umweltbehörden noch gar nicht bekannt ist. Es handelt sich also nicht um einen klaren Gesetzesverstoss. Können wir uns hier auf die soziale Verantwortung berufen? Durchaus. Wenn ein Manager eine grosse Diskrepanz zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werten und zudem eine Gesetzeslücke feststellt, dann zwingen ihn Transparenz, Ethik und eine auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensphilosophie zum Handeln im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Interessen: er muss seine Bedenken publik machen. Die Tabakindustrie tat das genaue Gegenteil, ein Grossteil der Asbestindustrie ebenfalls. Aber die Wirtschaft muss mithelfen, die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Interessen zu verkleinern, weil dies alleine durch Massnahmen der Regierung nicht geschehen kann. Die Un-

ternehmen müssen endlich damit aufhören, bei ungenügenden gesetzlichen Vorschriften ihre Hände in Unschuld zu waschen.

Der sechste Punkt sind die wohltätigen Bereiche innerhalb der Unternehmen. Diese sind im Vergleich zu den bereits erwähnten privaten Formen begrenzt, da Firmen keine Wohltätigkeitsvereine sind und auch keine werden sollen. Trotzdem braucht jede Firma eine klar begrenzte Wohltätigkeits-Struktur. Dies wirkt sich umgehend auf den Erfolg der Firma aus: durch einen besseren Ruf der Firma und durch ein besseres Verhältnis zur umliegenden Gesellschaft. Darüber hinaus scheinen mir wohltätige Aktivitäten schon deshalb angebracht, weil sie die unvermeidlichen Diskrepanzen zwischen Betriebsergebnis und Sozialleistungen ausgleichen.

Schliesslich beinhaltet unternehmerische Verantwortung auch ein vorbildliches Verhalten innerhalb der Geschäftswelt. Es reicht nicht aus, die Bilanzen nicht zu fälschen. Es genügt nicht, kein Lobbying für missbräuchliche Wettbewerbsvorteile zu betreiben. Führende Manager, die in der Gesellschaft Vorbildfunktion haben, die uns von den Titelblättern der Zeitschriften entgegenlächeln und in Radio und Fernsehen auftreten, sollten unbedingt auch über soziale Werte sprechen: über die Notwendigkeit, sich um die Armen zu kümmern, über die Risiken der Globalisierung und über die Notwendigkeit, die Divergenzen zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen zu beheben. Die Geschäftswelt verfügt über eine hohe Glaubwürdigkeit: Wenn Bill Gates über das öffentliche Gesundheitswesen spricht (abgesehen davon, dass er viel Geld dafür ausgibt), hören ihm erstaunlich viele Leute zu. Wenn er über Kinder in Burkina Faso spricht, die an Malaria sterben, trifft er damit offenbar einen Nerv beim Publikum. Die Geschäftswelt muss auch bei der Verbreitung allgemeiner Werte ein Vorbild sein. Die sozialen Werte sind ein Produkt unserer Gesellschaft, und wenn neben Führungskräften auch Baseballspieler, Künstler, Rockstars und andere über diese Werte sprechen, umso besser.

«Wie bedauerlich»

Ich möchte mit einigen Worten zur Globalisierung schliessen. Es gibt auf unserem Planeten über eine Milliarde Menschen, die so arm sind, dass sie jeden Tag aus lauter Armut sterben können. Obschon wir in grösserem Reichtum leben als je zuvor in der Menschheitsgeschichte, empfinden wir das Elend in der Welt irgendwie als normal. Obwohl es nur 20 bis 50 Cents pro Dosis kosten würde, um eine Malaria-Erkrankung zu kurieren, werden dieses Jahr drei Millionen Kinder an Malaria sterben. Drei Millionen

Kinder werden sterben, weil sie keinen Zugang zu den benötigten Medikamenten haben. Die Gemeinschaften in diesen Ländern sind zu arm. Weder die einzelnen Haushalte noch die Regierungen können sich die Medikamente leisten. Drei Millionen Menschen werden an Aids sterben. Diese Behandlung ist zwar teurer, beträgt aber auch nur einen Dollar pro Tag. Wir lassen es also zu, dass Millionen von Menschen sterben und Millionen von Kindern zu Waisen werden, weil wir den einen Dollar pro Tag nicht aufbringen wollen. Diese Menschen wissen, dass wir mit diesen Krankheiten weiterleben können, und sie fragen sich, weshalb sie sterben müssen, ohne die geringste Hilfe zu erhalten. Viele Menschen sterben auch an Unter- oder Mangelernährung. Es reicht letztlich nicht, zu sagen: «Wie bedauerlich!» Vielmehr müssen wir unser eigenes Tun hinterfragen. Zumindest stellt die Ethik uns vor die Frage, ob dies alles unvermeidlich ist.

Funktioniert die Welt wirklich so? Wird es immer Arme geben? Aber auch: Was kann dagegen unternommen werden? In den erwähnten Fällen gäbe es Problemlösungen, die nicht zu teuer sind. Weniger als 1% des Einkommens der reichen Länder würde vielen Armen dieser Welt das Überleben sichern. Die Armen werden immer noch sterben und immer noch arm sein. Aber sie würden dann nicht mehr sterben, weil sie keinen Zugang zur rettenden Dosis Chinin und zu Aids-Medikamenten haben – oder weil sie schlicht verhungern. Mit weniger als 1% des Einkommens der reichen Länder könnten wir diese extremen Formen des Elends stoppen, welches jährlich Millionen von Menschen umbringt. Ich wünsche mir, dass sich die Geschäftswelt dafür einsetzen wird. Die Finanzierung kann nicht nur von den Unternehmen getragen werden. Wir alle müssen mitmachen. Aber es sind die Unternehmen und ihre Angestellten, welche in jenen Ländern Geschäfte betreiben und sehen, wie die Leute sterben. Anstatt sich damit abzufinden, sollen sie uns Daheimgebliebene aufrütteln: «Wir müssen mehr dagegen tun!» Wenn wir übrigens mehr für die Armen in diesen Ländern tun, dann sind wir vielleicht irgendwann auch bereit, mehr für die Armen unter uns zu tun. Wir würden damit gleichzeitig etwas für unser eigenes Wohlbefinden und Wohlergehen tun. Das wäre tatsächlich eine gute Sache.

Übersetzung von Hans Ramseier